

10.26

**Abgeordneter Mag. Nikolaus Alm** (NEOS): Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Herr Minister! Frau Staatssekretärin! Hohes Haus! Willkommen beim Groundhog Day der FPÖ. Wir kennen das Spiel, es ist jedes Mal das Gleiche. Ich werde auch nicht müde zu betonen, wie die Systematik funktioniert. Wir haben in diesem Fall einen Begriff auf der einen Seite, das ist die Sicherheit, auf der anderen Seite haben wir die Zahlentrickserei im Bereich Asyl. Man kann der FPÖ zumindest eines zugutehalten: Es gibt ein Defizit, und sei es nur in der Kommunikation. Das stimmt, da ist offensichtlich nicht mit der gleichen Grundlage von Zahlen operiert worden beziehungsweise hat die Regierung keine klare Sprache zu diesen Zahlen gefunden, nichtsdestotrotz gibt es da keinen Zusammenhang, wie er wie so oft wieder einmal konstruiert wird.

Man muss natürlich auch überlegen: Was ist die Konsequenz von diesen Zahlentricksereien, steht die überhaupt in einem Zusammenhang zur Sicherheit? – Natürlich nicht. Man kann in diesem Bereich natürlich Fehler machen, aber das hat natürlich keinen Ausfluss auf die wirkliche Sicherheit in diesem Land, sondern bestenfalls auf die gefühlte Sicherheit.

Es ist schon so, dass Schaden angerichtet werden kann, dass Vertrauen in Regierung und Politik an sich sinken kann, daher ist es wichtig, Sicherheit in der Einschätzung der Realität zu geben. Kollege Amon hat gemeint, es seien hier – ich glaube, Sie haben es so formuliert – Bewegungstendenzen nicht richtig wahrgenommen. Das ist schon ein weitreichender Fehler, der da passiert ist. Es ist seit Jahren bekannt, was auf uns zukommen wird, was, wie im letzten Jahr, auf uns zukommt. Das war im Vorhinein bekannt, dass das passieren wird, trotzdem ist nicht präventiv darauf reagiert worden, ist zu wenig in der Prävention passiert.

Sicherheit beginnt mit belastbaren Daten. Sicherheit beginnt in Definitionen, worüber denn eigentlich gesprochen wird, und wenn es ein Problem gibt, einfache Dinge wie Asylberechtigte beziehungsweise Asylanträge zu unterscheiden, dann ist das durchaus etwas, das man kritisieren kann. Wenn wir dann in den Bereich der Notverordnungen gehen, die auch kommen werden, dann ist es noch heikler. Ich mache mir große Sorgen, wenn nicht im Vorhinein definiert wird, wann diese Notverordnungen zum Tragen kommen. Dann werden wir wirklich ein Problem haben, weil dann ganz willkürlich darüber entschieden werden wird, wann solche erlassen werden.

Es gibt noch einen Aspekt der gefühlten Sicherheit, und das ist Verantwortung. – Herr Bundeskanzler, ich frage mich durchaus manchmal, wer im Regierungsteam wofür

zuständig ist; Kollege Scherak hat es auch schon erwähnt! Es gibt mehrere Minister, die sich in diesem Bereich zu Wort melden. Es gibt Minister Kurz, Minister Doskozil, es gibt auch Minister Sobotka, die durchaus Dinge sagen, die einander ergänzend sind, wenn nicht sogar widersprüchlich. Zuletzt hat der Verteidigungsminister in Ungarn über Rückführungen gesprochen und angeboten, dass Österreichs Soldaten an der Grenze aushelfen können. Außenminister Kurz hat reflektiert über Australien und vorgelagerte Inseln und überlegt, was man hier in Europa nicht alles anstellen könnte.

Das klingt in Summe nicht nach einem seriösen Plan beziehungsweise klingt das vielleicht für manche sogar nach einem ernst zu nehmenden Plan, obwohl es irgendwie nur entwichene Gedanken sind. Das sind keine Lösungen, das sind Symptombekämpfungen mit undurchführbaren Ideen, und damit ist es nicht viel mehr als innenpolitisches Marketing und kein ganzheitlicher Ansatz zur Problemlösung, der vielleicht auch noch bis zur Wurzel dieses Problems gehen würde.

Konkrete Probleme hingegen wie zum Beispiel die Außerlandesbringungen werden nicht gelöst. Wir haben Defizite im Bereich der Rückführungszertifikate, mangelnde Kooperationen, lange Verfahrensdauern. Wir stellen Bescheide für Außerlandesbringungen aus, die nicht exekutiert werden können, weil einfach die Mittel dafür fehlen. Ein Hinweis darauf, dass es im Sicherheitsbereich möglicherweise doch Unzufriedenheiten und Defizite gibt, ist die Tatsache, dass die ehemalige Innenministerin Mikl-Leitner bis 2019 50 000 Außerlandesbringungen durchgeführt haben wollte. Ich gehe davon aus, dass das auch für ihren Nachfolger gilt. Das wird uns vor gewaltige Herausforderungen stellen, die überhaupt noch nicht bedacht worden sind.

Der Verteidigungsminister – anderes Ressort – hat am 10. Februar angekündigt, dass es binnen Monatsfrist zu Abschiebungen von Flüchtlingen mit Militärtransportmaschinen des Typs C-130 Hercules kommen soll. Im Juli sollen diese tatsächlich stattfinden. Diese Variante ist aber teuer, sie ist unnötig und soll außerdem im falschen Ressort angesiedelt werden. Das Gutachten hat auch gezeigt, dass mit dieser Maschine maximal 14 männliche Personen abgeschoben werden können, der Rest ist sozusagen Begleitpersonal. Damit wird das nicht funktionieren. Es gibt keinen Plan, wie das bis 2019 funktionieren soll. Das Innenministerium ist wirklich angehalten, dafür einen Plan aufzustellen.

Generell: Uns muss klar sein, dass langfristig nur ein europäischer Ansatz dieses Sicherheitsgefühl wiederherstellen können wird und gerade nationalistische Egoisten nicht weiterhelfen können, da die Ereignisse in Syrien, Mali und Libyen auch

Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl in diesem Land haben. Ein Zaun beziehungsweise (*Präsidentin Bures gibt das Glockenzeichen*) – ich komme gleich zum Schluss – eine Tür mit Seitenteilen, das Reflektieren über irgendwelche Inseln, das sind nichts anderes als verzweifelte Akte und ein Symbol für die Aneinanderkettung von staatlichem und europäischem Versagen in dieser Frage. (*Beifall bei den NEOS.*)

10.32

**Präsidentin Doris Bures:** Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Schenk. – Bitte.